

INTERNATIONALES

Guatemala: Chance auf Rückkehr zur Demokratie?

KOMMENTAR VON DR. NIKLAS SIEBER

Mit der Wahl von Bernardo Arévalo vom Movimiento Semilla zum Präsidenten im August 2023 hat Guatemala die Chance, zur Demokratie zurückzukehren und die grassierende Korruption im Land zu bekämpfen. Doch die herrschende Elite – vom Volk „Pakt der Korrupten“ genannt – versucht mit allen Mitteln, die Macht im Land zu behalten. Immer wieder werden demokratische Kräfte, die Reformen anstreben, ausgeschaltet.

Schon 2014 musste Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz Bailey das Land nach Drohungen verlassen. Paz y Paz leitete mehrere Untersuchungen zu den im Bürgerkrieg begangenen Kriegsverbrechen. In den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit gelang es, mehr Drogenhändler zu verhaften als in der ganzen vorangegangenen Zehnjahresperiode.

Auch ihre Nachfolgerin Thelma Aldana musste das Land 2018 fluchtartig verlassen, da es konkrete Morddrohungen von Seiten der im Parlament vertretenen Partei UCN gab. Aldana hatte Teile der Vorgängerregierung – unter anderem den Präsidenten Otto Pérez Molina – wegen Korruption ins Gefängnis gebracht. Sie war 2019 die aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatin vom Movimiento Semilla. Am Tag, an dem sie sich als Präsidentschaftskandidatin registrierte, wurde ein Haftbefehl gegen sie wegen Unterschlagung und Steuerhinterziehung erlassen. Im Mai 2019 lehnte der Verfassungsgerichtshof ihre Kandidatur ab.

Präsident wurde ein Fernsehkomiker, der 2019 die von den UN eingesetzte „Kommission gegen Straflosigkeit“ auflöste, deren Hauptaufgabe die Bekämpfung der Korruption war. Daraufhin mussten eine zweistellige Zahl hochrangiger Jurist:in-

nen das Land verlassen, darunter Richter Miguel Ángel Gálvez und Schwerpunktstaatsanwalt Juan Francisco Sandoval.

Im ersten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl 2023 qualifizierten sich zwei Kandidat:innen für die Stichwahl: Sandra Torres, die ehemalige Frau des wegen Korruption verurteilten Ex-Präsidenten Álvaro Colom, sowie Bernardo Arévalo, Sohn des in den 1950er Jahren ersten demokratisch gewählten Präsidenten.

Angesichts von Arévalos Beliebtheit lässt die Elite des Landes nichts unversucht, um den Kandidaten und die Partei Semilla zu diskreditieren. Der Chefankläger der „Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit“ Rafael Curruchiche versuchte, Semilla von der Wahl auszuschließen. Dafür ist jedoch die Wahlkommission zuständig. Die Vereinigten Staaten sanktionierten Curruchiche wegen Strafvereitelung und falscher Anschuldigungen 2022 mit dem Entzug seines Visums. In der Folge von juristischen Auseinandersetzungen, die zu Ungunsten Semillas ausgingen, wurde dennoch das Büro von Semilla durchsucht und der Wahlkommission Verhaftung angedroht. Arévalo wurde trotzdem zur Stichwahl zugelassen.

Als Reaktion auf die Versuche, Arévalo zu diskreditieren, kam es im ganzen Land zu öffentlichen Demonstrationen. Besonders die Jugend unterstützte ihn in den sozialen Netzwerken. Torres griff zum Mittel der Bestechung, indem sie ihren Wähler:innen Taschen mit Lebensmitteln versprach, falls diese mit einem Foto des Wahlzettels beweisen könnten, sie gewählt zu haben – obwohl das Fotografieren einen Verstoß gegen das Wahlrecht darstellt.



Die zweite Wahlrunde gewann Arévalo mit 60,9 Prozent der gültigen Stimmen deutlich vor Torres mit 39,1 Prozent. Er kündigte an, die exilierten Jurist:innen und Journalist:innen in das Land zurückzuholen und die Korruption zu bekämpfen. Außerdem sollen die Ausgaben für das Bildungssystem erhöht und Jobs zur Armutsbekämpfung geschaffen werden. Leicht wird er es nicht haben, denn Semilla ist nur mit einer kleinen Minderheit im Parlament vertreten.

Sein Amt kann Arévalo erst 2024 antreten. Bis dahin bestehen weitere Gefahren für die Demokratie. Das Wahlgericht sprach ein Betätigungsverbot gegen Semilla aus. Es gibt Befürchtungen, dass noch andere Mittel benutzt werden, um Arévalos Amtsantritt zu verhindern. Sogar einen Mordversuch soll es gegeben haben, der zu Schutzmaßnahmen durch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte führte. Die internationale Gebergemeinschaft – auch Deutschland – ist gefragt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Arévalo und somit Guatemala in diesem kritischen Moment zu unterstützen.